

II-778 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 482 W

1991-02-15

ANFRAGE

des Abgeordneten Wabl und FreundInnen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Beitrag Österreichs zur ökonomische, ökologischen und sozialen Umgestaltung Osteuropas

Österreich ist sich seiner besonderen Rolle und Verantwortung gegenüber den mittel- und osteuropäischen Ländern bewußt. Immer wieder werden vor allem internationale Konferenzen dazu genutzt, um Finanzhilfen der westlichen Staaten für die ökologische Sanierung unserer Nachbarländer zu fordern. Handlungsbedarf ist dringend geboten.

Im Energiesektor bedrohen bestehende Atomkraftwerke wie z.B. Bohunice das Leben und die Sicherheit von Menschen verschiedenster Staaten, besonders auch Österreichs. Weitere Atomkraftwerke (Temelin) sind bereits in Bau oder geplant.

Kalorische Kraftwerke mit veralterten Technologien und daraus resultierenden elektrischen Wirkungsgraden von oft unter 20% stellen eine Energieverschwendung ungeheuren Ausmaßes dar und zeichnen für nachweislich gefährliche Emissionen verantwortlich, die bereits großflächige Waldregionen zerstört haben, und ebenfalls maßgeblich an Immissionen in Österreich beteiligt sind.

Im Verkehrsbereich befindet sich das Schienennetz, der Lokomotiv- und Wagenpark, die Sicherheitstechnik der Bahn etc. in einem Zustand, der es in keiner Weise ermöglicht, den erwarteten Verkehrszuwachs auf der Schiene zu bewältigen.

Eine rasante Zunahme des LKW Verkehrs wird die Folge sein, um im beginnenden Ost West Transit Österreich massiv beeinträchtigen.

In ökonomischer Hinsicht bestehen bereits eine Vielzahl direkter Wirtschaftsförderungsmaßnahmen für österreichische Unternehmungen und Wirtschaftskontakte in Osteuropa; andere Osteuropaprogramme befinden sich in Vorbereitung:

Ost West Fond

Osteuropaprogramm des ERP-Fonds

Hilfe der BÜRGES beim Aufbau von Förderungseinrichtungen zur Gründung von privaten Klein- und Mittelbetrieben in den Staaten Osteuropas

Koordinierte Wirtschaftshilfe für Ungarn und Polen auf dem Gebiet der Management-, Berufsaus- und Weiterbildung

usw.

Österreichische Unternehmen stellen sich bereits auf eine Internationalisierung in Richtung Osteuropa ein; Finanzierungsinstrumente stehen zur Verfügung. Die

österreichische Bundesregierung bzw. deren Mitglieder knüpfen auf ihren vermehrten Dienstreisen in mittel- und osteuropäischen Staaten die notwendigen Kontakte.

Die ökologische Sanierung Osteuropas, als dringendstes Anliegen, sollte auch bei der Unterstützung rein ökonomischer Projekte die zentrale Zielsetzung sein. Bisher wurde darauf nur unzureichend Rücksicht genommen. Eine langfristig sinnvolle Internationalisierungsstrategie in Richtung Osteuropa hat sich an Kriterien der Umwelt- und Sozialverträglichkeit zu orientieren.

Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

ANFRAGE

- 1) Existiert eine umfassende Internationalisierungsstrategie, die sich an ökologischen und sozialen Gesichtspunkten orientiert?
- 2) Wenn ja, welche Schwerpunkte sieht diese Strategie vor?
- 3) Existieren selektive, bilaterale Wirtschaftskooperationspläne?
- 4) Wenn ja, welche Kooperationsformen beinhalten bzw. auf welche Bereiche der wirtschaftlichen Zusammenarbeit konzentrieren sich diese?
- 5) In welcher Form sehen diese Wirtschaftskooperationspläne Kontrollmechanismen vor, die nur technologisch höchst ausgereifte und ökologisch sinnvolle Projekte zulassen?
- 6) Welche konkreten Industrie(anlagen)projekte sind in Osteuropa in Planung?
- 7) Welche österreichischen Firmen sind an diesen Projekten beteiligt?
- 8) Können Sie explizit ausschließen, daß sich Österreich in welcher Form auch immer an ökologisch sinnlosen Straßenbauprojekten (Autobahnen, Autostraßen ...) in Osteuropa beteiligt?
- 9) In welchem Ausmaß beteiligt sich Österreich finanziell an den verschiedenen Projekten?
- 10) Wer trifft die konkrete Projektauswahl bzw. wie funktioniert die Entscheidungsfindung betreffend der Projektauswahl?
- 11) Existiert hierzu eine spezielle Sektion/Kommission in den jeweils betroffenen Ministerien oder wurde damit eine interministerielle Arbeitsgruppe beauftragt?

- 12) Um den spezifischen Anforderungen und Bedürfnissen der einzelnen Ländern bei der Projektauswahl gerecht zu werden ist es notwendig, intensive Kontakte zu den jeweils betroffenen Ländern zu halten.
In welcher Form übernehmen die Vertreter der österr. Bundesregierung diesbezüglich Vermittlerfunktion?
- 13) Welche Dienstreisen haben Sie diesbezüglich unternommen bzw. was war der genaue Inhalt der von Ihnen geführten Verhandlungen?
- 14) Welche Personen fungieren im Augenblick als Ihre Berater in den österreichischen Nachbarländern?
- 15) Wurden hierzu konkret Konsulenten beauftragt, bzw. wurde eine oder mehrere Unternehmensberatungsfirmen hiermit belangt?
- 16) Wenn ja, wer sind die Konsulenten bzw. Unternehmensberatungsfirmen?
- 17) Wodurch können Sie gewährleisten, daß über das Instrumentarium der österr. Wirtschaftsförderung nur ökologisch und sozial sinnvolle Projekte unterstützt werden?
- 18) Sind diesbezüglich Kontrollmechanismen vorgesehen?
- 19) Wenn ja, welche?
- 20) Die Österreichische Kontrollbank als Bevollmächtigte der Republik Österreich zur Betreuung der Exportkreditgarantien und der Exportfinanzierung hat bereits in der Vergangenheit eine wesentliche Rolle betreffend des Osthandels gespielt.
In welchem Umfang wird die Kontrollbank in nächster Zeit Exporthaftungen übernehmen?
- 21) Welche Geschäfte sind diesbezüglich geplant bzw. für welche Projekte wird die Kontrollbank Haftungen übernehmen?
- 22) Sind auch hier Kontrollmechanismen, was die Sozial- und Umweltverträglichkeit betrifft, vorgesehen?
- 23) Wenn ja, welche?